Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 228 — Dienstag, den 30. September 1924 — 19. Jahrgang

Die Regierungskrise beginnt.

Die Entschließung die vom Vorstand der Deutschen Volkspartei nach zweitägiger und, wie man hört, zeitweilig sehr lebhafter Debatte einstimmig gefaßt wurde, bedeutet den offiziellen Beginn der Regierungskrise. Als solche wird sie auch von der Presse aller Parteien aufgefaßt und demgemäß bewertet. Der Reichskanzler hat die Mitteilungen der Deutschen Volkspartei entgegengenommen und es als seine Absicht erklärt, noch vor Wiederzusammentritt des Reichstages von sich aus Verhandlungen über eine etwaige Regierungsumbildung aufzunehmen.

Das Rätselraten beginnt also und sogleich beginnt der Kampf um eine der folgenschwersten innerpolitischen Entscheidungen die in den letzten Jahren nötig waren. Denn sowohl rechts wie links weiß man genau, daß es dieses Mal nicht um einen parlamentarischen Kuhhandel und um die Auslosung einiger Ministersitze geht, sondern um grundsätzliche Entscheidungen und politische Weltanschauungsfragen. Es soll das Experiment gemacht werden, ob man in Deutschland nicht nur ohne, sondern gegen die Sozialdemokratie regieren kann. Die Linie die die Anhänger und Gegner dieser Theorie scheidet geht durch das Zentrum mitten hindurch.

•

Dr. Wirth gegen die Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen.

Unter der Ueberschrift „Weder Bürgerblock noch Rechtskoalition" nimmt Reichskanzler a. D. Wirth in der „Germania" Stellung zu der jüngsten Entschließung des Vorstandes der Deutschen Volkspartei in einem Leitartikel, der ausdrücklich als persönliche Stellungnahme zur politischen Lage gekennzeichnet ist. Dr. Wirth führte u. a. aus:

Während das völkisch-nationalistische Denken bei den Deutschnationalen das weltanschauliche Denken drängt, drängt es gleichzeitig das eigene parteimäßige Streben zu dem Verlangen, nicht nur die Führung im Reich durch den Griff nach der Macht an sich zu reißen, sondern auch darüber hinaus sich eine parteimäßige Machtstellung zu sichern, die für alle andersdenkenden und fühlenden Staatsbürger unerträglich ist. Wo immer solcher Einfluß erstrebt wird, stößt er auf politischen Widerstand, der in der parlamentarischen Opposition seinen verfassungsmäßigen Ausdruck finden wird. Soll es aber der deutschen Politik letzter Schluß im November d. J. werden, daß denjenigen politischen Kräften in Deutschland, die seit der großen Katastrophe des deutschen Volkes nur nörgelnd, nur kritisierend, ohne auch nur die schützende Hand zu bieten, beiseite standen und politische Sabotage übten, jetzt wegen einer politischen Halbheit, um die Auflösung des Reichstages zu vermeiden ein maßgebender Einfluß im Reiche wie in den Ländern zugewiesen werden soll? Man bleibe uns weg mit solchen Zumutungen. Die Rechtskoalition bedeutet eine Gefährdung der außenpolitischen Linie, die das Zentrum bisher gegangen ist. Eine Regierung, in der die Rechte führt oder in der sie einen maßgebenden Einfluß ausübt, kann unser Vertrauen nicht finden. Bringen die Mittelparteien eine selbständige Führung nach eigenem Geiste nicht mehr auf, und versagen sich ihrer Führung die links und rechts von uns befindlichen Parteien, so verfällt dieser Reichstag der Auflösung.

•

Demokratische Forderung für die Regierungsumbildung.

Neumünster, 28. Sept. Der Vorstand der Deutsch-Demokratischen Partei Schleswig-Holstein, der hier heute zu einer Tagung zusammentrat, faßte folgende Entschließung:

„Die Verbreiterung der parlamentarischen Grundlage der Reichsregierung darf nur durch solche Parteien erfolgen, die bereit sind, die Politik der Londoner Verträge ehrlich durchzuführen, und die sich hierzu verpflichten. Eine Mitwirkung von Parteien, welche hierzu nicht bereit sind, würde den moralischen und wirtschaftlichen Kredit untergraben, auf den das deutsche Volk jetzt mehr denn je angewiesen ist und würden den Grundsatz verletzen, daß die Erfordernisse der äußeren Politik in der jetzigen Lage des deutschen Volkes den Vorrang haben müssen vor denen der inneren."

Die Aussichten der Anleihe.

Umfangreiche Anleihezeichnung zu erwarten.

Newyork, 28. Sept. Die Bankiers der amerikanischen Landesteile, in denen vorwiegend eine deutschamerikanische Bevölkerung wohnt, haben sich über die Aussichten der deutschen Anleihe und speziell über die Beteiligung der Deutschamerikaner an dieser ausgesprochen. Alle befragten Bankiers betonten übereinstimmend, daß soweit sie die Verhältnisse in den Distrikten übersehen könnten, die Beteiligung an der Anleihe sehr groß und umfangreich sein werde.

Eine Rede Stresemanns.

Berlin 27. Sept. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann hielt heute in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei im Blüthnersaale in Berlin eine Rede, in der er u. a. ausführte die deutsche Außenpolitik sei charakterisiert durch das Zustandekommen der Londoner Abmachungen. Die Erreichung der verfassungsmäßigen Mehrheit sei ein Beweis dafür, daß die Haltung der Reichsregierung gegenüber dem Sachverständigengutachten in weitesten Kreisen des Volkes gebilligt worden sei. Bei Verhandlungen in London sei vieles nicht erreicht worden, aber man solle demgegenüber die Hauptgesichtspunkte der neuen Lage doch nicht gering einschätzen. Die Verhandlungen wegen der Anleihe seien nach manchen Schwierigkeiten so weit gefördert, daß voraussichtlich in der nächsten Woche eine Entscheidung zu erwarten sei. Es beginne eine Aera der Handelsvertragsverhandlungen mit den verschiedensten Ländern. Für Deutschland werde es darauf ankommen die Idee der Meistbegünstigung auf der Grundlage eines maßvollen deutschen Zollschutzes durchzuführen. Den Wünschen mancher Interessenten auf ungemessene Erhöhung der Zölle könne im Staats- und Wirtschaftsinteresse nicht nachgegeben werden, denn die deutsche Wirtschaft sei daran interessiert, gerade wegen der Verpflichtungen Deutschlands mit allen Mitteln auf die Hebung des Exports hinzuarbeiten.

Bezüglich des Völkerbundes sei man sich darüber einig geworden, daß Deutschland bereit sei, dem Völkerbund beizutreten wenn ihm völlige Gleichberechtigung neben anderen Großmächten gewährleistet würde. Die deutsche Regierung habe ihre Auffassung in einem Memorandum niedergelegt das den am Völkerbundsrate beteiligten Regierungen übergeben werde, von deren Antwort die endgültige deutsche Stellungnahme abhänge, von der der Minister erhofft, daß sie zur Bejahung der Mitarbeit im Völkerbunde führen werde.

In der inneren Politik stehe die Frage der Regierungsbildung im Vordergrunde des Interesses. Die Erklärungen der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei kennzeichneten deren Auffassung, die mit der Idee des Bürgerblocks nichts zu tun habe. Die Tatsache daß das Sachverständigengutachten angenommen worden sei, sei die Grundlage der heutigen Außenpolitik. Stelle sich die Deutschnationale Volkspartei auf den Boden dieser Tatsache, so wäre es falsch, ihre Mitwirkung von den Regierungsgeschäften auszuschließen. Die Mitwirkung sei wünschenswert zur Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse. Von diesen Gesichtspunkten habe sich die Deutsche Volkspartei bei ihrer Entschließung leiten lassen. Die Kundgebungen der letzten Zeit zeigten daß die oft verkannte und bei den letzten Wahlen vom Volke mißdeutete Politik der Deutschen Volkspartei in immer weiteren Kreisen Verständnis finde. Es sei die Idee der realen Politik nach außen und der Mitwirkung breitester Kreise des Volkes am Staate nach innen. Es sei falsch wenn Herriot glaube, Deutschland innerpolitische Ratschläge geben zu müssen und verlange daß es sich lossage vom alten Deutschland. Deutschland wolle nicht den bewußten Gegensatz zwischen dem alten und dem neuen Deutschland.

Deutsch-französische Völkerbundsverhandlungen.

Mailand, 27. September. Der „Corriere della Sera" meldet aus Genf: Es verlautet soeben in Völkerbundskreisen, daß die deutsche Regierung in den letzten Tagen mit dem Pariser Kabinett in direkte Verhandlungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eingetreten sei und daß die Antwort der französischen Regierung bis spätestens Dienstag in Berlin erwartet werde. Man glaubt, daß die endgültige Entscheidung des Reiches über den Aufnahmeantrag von der zu erwartenden Antwort Frankreichs abhängen werde.

London, 28. Sept. Der „Observer" berichtet aus Genf der Beschluß Deutschlands, Schritte zu tun, um dem Völkerbunde beizutreten, nehme dort das Hauptinteresse in Anspruch. Von gutunterrichteter Seite verlaute, daß der Wunsch der deutschen Regierung dem Völkerbunde beizutreten, wirklich aufrichtig sei, und daß die augenblicklich getroffenen Vorsichtsmaßregeln durchaus nicht, wie dies von mancher Seite behauptet werde bezweckten, eine Antwort zu provozieren, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unmöglich machen würde. Die augenblicklichen deutsch-französischen und deutsch-englischen Verhandlungen mit dem Ziel des Abschlusses von Handelsverträgen zeigten, daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschland und den übrigen Teil Europas schließlich zusammenbringen würden.

London, 28. Sept. „Sunday Times" zufolge ist das deutsche Memorandum an die im Völkerbundsrat vertretenen Regierungen bei der deutschen Botschaft in London eingetroffen.

Zur Amerikafahrt des Z. R. III

Dr. Eckener über die bevorstehende Ozeanfahrt.

Paris, 27. Sept. Der Sonderkorrespondent des „Quotidien" in Friedrichshafen hat eine Unterredung mit Dr. Eckener gehabt. Er fragte zunächst, wie lange die Fahrt über den Atlantischen Ozean dauern würde. Dr. Eckener antwortete: „Unser Luftschiff kann 130 bis 140 Kilometer in der Stunde fliegen. Aber wir gedenken auf der Ueberfahrt nicht mehr als 115 bis 116 Kilometer zu machen. Bei dieser Durchschnittsleistung kann das Schiff 120 Stunden in der Luft bleiben. Ist der Wind günstig, dann werden wir für die Ueberfahrt ungefähr die Hälfte dieser Zeit, also 60 Stunden, brauchen. Haben wir mit starkem Gegenwind zu kämpfen dann kann es sein, daß wir die neue Welt erst in etwa 100 Stunden erreichen; aber ich bin nicht pessimistisch und glaube, daß es schneller gehen wird." Der Berichterstatter fragte weiter: „Sind Sie sicher, daß Sie trotz der vorgerückten Jahreszeit Erfolg haben werden?" Dr. Eckener sagte: „Der Z. R. 3 wird den Atlantischen Ozean überfliegen, es kann keine Ueberraschung geben. Wir haben alles in Rechnung gestellt selbst das Unwahrscheinliche. Von allen Zeppelin-Schiffen die bisher gebaut worden sind, hat dieses die größte Vollkommenheit erreicht."

Abfahrt übernächste Woche.

Friedrichshafen, 28. Sept. Wie die Luftschiffleitung in einer offiziellen Mitteilung berichtet haben sich die Motoren und sämtliche Einrichtungen des Schiffes auf der großen Probefahrt glänzend bewährt. Das Schiff wird nunmehr für die Ueberfahrt nach Amerika klargemacht. Zu diesem Zweck wird die gesamte Außenhülle des Luftschiffes nochmals genau nachgesehen, ebenso wird, wie das von der amerikanischen Prüfungskommission verlangt wird, einer der Motoren vollständig auseinandergenommen und wieder zusammengesetzt. Diese Arbeiten werden etwa 6—7 Tage in Anspruch nehmen, so daß das Schiff, wie Dr. Eckener mitteilt, vom kommenden Sonntag ab fahrfertig sein wird. Der genaue Termin der Ueberfahrt wird dann lediglich von den einlaufenden Witterungsberichten abhängig gemacht werden. Die Ueberfahrt ist somit im Laufe der übernächsten Woche zu erwarten.

Newyork, 29. Sept. Das Marineministerium der Vereinigten Staaten hat nach Empfang der Nachricht daß das Luftschiff Z. R. 3 bereit ist, in etwa einer Woche zum Fluge nach Amerika aufzusteigen, mehreren Kriegsschiffen die Weisung erteilt, auf der Route des Luftschiffes zu kreuzen und ihm nötigenfalls Hilfe leisten. Eines der Kriegsschiffe trägt einen Mast, der so angebracht ist daß das Luftschiff daran ankern kann.

Amerikas Zuversicht für das Gelingen der Ozean-Ueberquerung.

Nach einer Meldung aus Newyork ist der frühere Kommandant der „Shenandoch" Kapitän Lansdown voll Zuversicht in die Leistungsfahrt des „Z. R. 3". Er erklärte einem Vertreter der „United Preß", er sei überzeugt, daß der Zeppelin ohne Unfall den Flug über den Ozean bewerkstelligen werde.

Das besetzte Gebiet will Z. R. 3 sehen.

Koblenz 27. Sept. Als Reiseweg nach Amerika wird die südliche Route gewählt werden, da sie in dieser Jahreszeit die günstigeren Witterungsverhältnisse aufweist. Diese Route müßte über Belgien und das nördliche Frankreich führen. In diesem Falle wäre der gegebene Weg über das besetzte Gebiet. Die entsprechenden diplomatischen Schritte wurden in dieser Angelegenheit von amerikanischer Seite bereits getan, sodaß sich keine Schwierigkeiten ergeben werden.

Sollte der Weg über Belgien genommen werden, so dürften u. a. folgende Städte in den besetzten Gebieten berührt werden: Mannheim, Ludwigshafen, Worms Mainz, Wiesbaden, Koblenz, Köln, Aachen.

Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten hofft, daß der Führer des Luftschiffes sich entschließen wird, vor oder gelegentlich der Ueberfahrt nach Amerika auch den besetzten Gebieten einen Besuch abzustatten, um auch dort das letzte und gewaltigste Werk deutscher Arbeit zu zeigen!

Die nächste Phase der Ruhrräumung.

Paris, 27. Sept. Das Pariser „Echo" meldet daß die nächste Phase der Ruhrräumung am 20. Oktober beginnt. Duisburg und Ruhrort werden erst anfangs November geräumt. Die aus beiden Städten zurückgezogenen Artillerieabteilungen sind nach Kreuznach in das besetzte Gebiet versetzt.

Rückgabe der beschlagnahmten Wohnungseinrichtungen.

Dortmund, 27. Sept. Die Besatzungsbehörde hat der Dortmunder Stadtverwaltung in den letzten Wochen insgesamt 560 vollständige Wohnungseinrichtungen und mehrere Hundert Einzelmöbelstücke zur Verfügung